

# Baukultur im Mistkübel?



Bei der geplanten Umgestaltung des Schwedenplatzes befragte die Stadtregierung sicherheitshalber die Bürger

ANALYSE: MAIK NOVOTNY

**B**eginnen wir mit einer etwas ungewöhnlichen und leider etwas unappetitlichen Frage: Was hat Hundekot mit Baukultur zu tun? Nichts, würde man meinen. Doch zumindest in Wien haben die beiden Begriffe eine Schnittmenge. Genau, es geht um die Magistratsabteilung 48. Diese macht zweifellos einen sehr guten Job. Sie macht auch sehr viel Werbung dafür, dass sie ihren Job macht. Kampagnen, Aktionen, Mistfeste, Inserate, Plakate und Stadträtinnenkonferenzen noch in den abgelegenen Gehöhlen der Lobau. Eine besondere Vorliebe hegt die Werbeagentur der MA 48 offenbar für die Hinterlassenschaften von Vierbeinern und affiziert gerne hundertfach vergrößerte Fotos von Hundekot oder aufgetürmten Hundekotsackerln auf Plakaten im öffentlichen Raum. Nun hat die Koprophilie gerade in Österreich in Kunst und Psychologie eine lange und interessante Geschichte, aber müssen wirklich mit Steuergeld Fotos von Hundekot angefertigt werden? Und was kostet das eigentlich?

Das haben sich auch die Gemeinderäte der Neos gefragt, die am 22. März 2016 eine Anfrage an Umweltstadträtin Ulli Sima bezüglich der Kosten der soeben gestarteten „Schmutzkübel-Kampagne“ stellten, eine

**Die Posse um die nicht gebaute Zentrale der MA 48 und ihren von der Jury verschmähten Mistkübel-Entwurf sorgt für Aufregung unter Wiens Architekten. Ist es wirklich, wie Stadträtin Ulli Sima beteuert, ein „ärgerlicher Einzelfall“, oder ist etwas faul in der Wiener Baukultur? Ein Überblick über den Stand der Debatten**

PR-Aktion, die die Bürger Wiens darauf hinweisen sollte, den Mist bitte in Mistkübel zu werfen. Gefragt wurde auch nach dem gesamten Werbebudget der MA 48 im Jahr 2015. Die Antwort auf die erste Frage: 253.300 Euro. Die Antwort auf die zweite Frage blieb aus.

Wenn man so stark auf PR fokussiert ist wie die MA 48, ist es nicht verwunderlich, dass man einen Mistkübel als ideale Form für eine Bürozentrale ansieht, um den Passanten die Information zu vermitteln, dass es in Wien eine Müllabfuhr gibt. Und hier sind wir schon bei der Baukultur. Die Ausschreibung des 2013 ausgelobten Architekturwettbewerbs wies die sechs geladenen Büros an: „Die Gebäudeform soll ein Symbol für die Wiener Abfallwirtschaft darstellen und in der Formensprache an einen Abfallkübel erinnern.“ Insofern traf der von Ulli Sima und ihrem Partner, MA-48-Chef Josef Thon, bevorzugte Entwurf genau ins Schwarze. Er sah exakt so aus wie ein Mistkübel, Räder inklusive. Die Fachjury sah das anders und beurteilte den plakativen Entwurf als „kitschig“. Preisgekrönt wurde ein Entwurf, der das Thema Mistkübel eher abstrakt in orangene Containerform übersetzte und zweifellos eine auffällige Landmark abgeben hätte, wäre das

Ganze nicht von den Auslobern aus Trotz ausgebrems worden, und das, obwohl MA-48-Chef Thon, wie es hieß, in der Jury noch für den Sieger gestimmt hatte.

## Architektur ist kein Werbepekt

Ist ein Haus, das aussieht wie ein Mistkübel, Kitsch? Darüber kann man sich streiten. In den Außenbezirken von L.A. oder Las Vegas, wo kommerzielle Bauten plakativ um die Aufmerksamkeit der Autofahrer ringen, wäre es vielleicht sogar richtig am Platz. In Wien ist es vor allem eines: gebaute PR. Es vermittelt nichts als die Information, dass es in Wien eine Müllabfuhr gibt, und funktioniert somit exakt so wie die volksbelehrende „Schmutzkübel-Kampagne“. Doch Architektur ist kein Werbepekt. Die Existenz der Müllabfuhr ist binnen einer Sekunde kommuniziert, ein Gebäude steht jedoch idealerweise für Jahrzehnte im Stadtraum. Sprich: Ein Mistkübelhaus ist in etwa so dauerhaft wie ein Witz, den man jeden Tag aufs Neue erzählt bekommt.

Dabei ginge es auch anders, und dafür muss man gar nicht weit schauen, man muss nicht einmal das Grundstück verlassen. Die Betriebswerkstätte der MA 48, 2004 vom Büro Caramel errichtet und Er-

gebnis eines Gutachterverfahrens aus dem Jahr 2000, also noch vor der Ara Sima, mit seiner dunkelglatten Optik und seiner markanten Rundung ist ein so eleganter wie gut funktionierender Bau, der zeigt, welches Potenzial man aus einem reinen Betriebsgebäude herausholen kann, wenn man sich ernsthaft um die Baukultur kümmert. Dass das Gebäude keineswegs aussieht wie die Müllfahrzeuge, die darin abgestellt sind, sei nur am Rande bemerkt.

Man konnte sich also ein Verständnis für die Rolle und die Funktion von Architektur erwarten. Daher war es nicht überraschend, dass die Äußerungen von Ulli Sima im Falter-Interview (38/16), in dem sie deutliche Zweifel an Wettbewerben und ihren Jurys äußerte, zum Stadtgespräch sowohl bei Laien als auch Fachleuten wurden. Hörte man sich innerhalb der Architektenschaft um, stieß man auf reichlich Seufzen und Augenrollen, genährt aus der Frustration, etwas eigentlich Selbstverständliches wie die Bedeutung von Baukultur immer wieder von Neuem erklären zu müssen.

**Nur ein Einzelfall?**

Ulli Sima wiederum versuchte zu deeskalisieren und ließ verlauten, es handle sich bei der Nichtumsetzung des MA-48-Wettbewerbs um einen „ärgerlichen Einzelfall“. Man wolle aber prüfen, ob Wettbewerbe in Zukunft anders aufgestellt werden könnten, damit es schneller und billiger gehe. Es bleibt jedoch die Tatsache, dass die Umsetzung eines mit Steuergeldern finanzierten Wettbewerbs für ein öffentliches Gebäude aus eher privat anmutenden Gründen abgelehnt wurde. Jetzt hat Wien eben keine MA-48-Zentrale, und das Geld wanderte ebenso in den Mistkübel wie die Arbeit der teilnehmenden Architekten.

Architektin Hemma Fasch vom Büro Fasch&Fuchs, Architekten mehrerer Schulbauten und der Schiffstation des Twin-City-Liners am Schwedenplatz, fasst den Frust der Branche zusammen: „Die aktuelle Debatte zur Wiener Vergabekultur ist nicht

überraschend. Die skeptische bis ablehnende Haltung einiger Politikerinnen und von Teilen der Stadtverwaltung zu Qualitätsverfahren ist mittlerweile bekannt. Da wird überhaupt, Wettbewerbe würden die Projekte verteuern und verzögern. Dabei haben Untersuchungen aus Deutschland nachgewiesen, dass jeder in den Wettbewerb investierte Euro einen Benefit von sieben Euro bringt.“ Außerdem gelte schließlich das Bundesvergabegesetz, das öffentliche Aufträge und Wettbewerbe genau regelt und Direktvergaben ausschließt.

Die Vertreter der Architektenkammer wiederum schalteten Anzeigen in Zeitungen, veröffentlichten ihre Gegenposition, und suchten bei Bürgermeister Häupl um ein klärendes Gespräch an. Gibt es schon einen Termin im Rathaus? Nein, man habe noch nichts gehört, sagen Bernhard Sommer, Vizepräsident der Architektenkammer, und Sektionsvorsitzender Christoph Mayrhofer zum Falter. Sie betonen, man wolle sich nicht in Geschmacksdiskussionen wie die „grotteske“ Mistkübel-Debatte vertiefen, sondern das Selbstverständnis der Politiker als Volksvertreter auf den Prüfstand stellen. In seiner Krassheit handle es sich beim MA-48-Wettbewerb zwar tatsächlich um einen Einzelfall, dieser deute aber auf eine gewisse Grundhaltung hin. „Es gibt die Angst, bei Wettbewerben die hundertprozentige Kontrolle abgeben zu müssen, und das schlecht entwickelte Verständnis der Bauherrenschaft als Öffentliche Hand, was den Unterschied der Verwaltung von Steuergeldern zu der von Privatvermögen betrifft. Allerdings gibt es auch Vertreter der Stadt, die das anders sehen.“

**Eine Frage der Baukultur**

Dabei ist die Baukultur schon längst keine Privatangelegenheit von Architekten und engagierten Bürgern mehr. Schon 2006 veröffentlichte das Bundeskanzleramt erstmals den Österreichischen Baukulturreport, 2011 den zweiten, und letzte Woche fand in Linz der Baukulturkonvent statt, als

Startpunkt für die Arbeit am dritten Baukulturreport. Dieser soll darstellen, wo und wie baukulturell relevante Entscheidungen getroffen werden und welche Auswirkungen dies hat. 2014 erschienen auf Länderebene die baukulturellen Leitsätze der Stadt Wien. Einer der zehn Leitsätze: „Die Planung, Errichtung und Sanierung aller Bauten und Freiräume im Einflussbereich der Stadt Wien erfolgen nach qualitätsorientierten und transparenten Prozessen.“

Sollte man nicht erwarten, dass dies ein Signal für bessere Qualität sei? Der Raumplaner und Filmemacher Reinhard Seiß, Autor des 2007 erschienenen Buchs „Wer baut Wien?“ über die Hintergründe der Wiener Planungspolitik, ist skeptisch: „In einer Stadt wie Wien sollte man sich von unverbindlichen Richtlinien nicht zu viel erwarten. Vor allem nicht, wenn das baukulturelle Bekenntnis mancher Stadträte nicht aus tiefstem Herzen kommt, sondern von außen an sie herangetragen wurde.“

Bleibt die Frage: Ist es mit diesen Leitsätzen vereinbar, wenn eine Stadträtin die Arbeit von Wettbewerbsjurs infrage stellt? Oder hat Ulli Sima vielleicht recht und es gäbe tatsächlich etwas zu verbessern – auch an der Art, wie Wettbewerbe „aufgestellt“ sind? Robert Temei, Sprecher der Plattform Baukulturpolitik und Mitautor des Baukulturreports, mahnt zur Sachlichkeit: „Wenn Wettbewerbsentscheidungen nicht oder nur stark verändert umgesetzt werden, hat das fast immer einen dieser beiden Gründe: Entweder die Ausschreibung und Durchführung waren nicht gut genug oder die Planungsaufgabe ist so komplex, dass sie nicht ausreichend in einer Ausschreibung fixiert werden kann. Ersteres hat immer gravierende Auswirkungen auf die Qualität, und für Letzteres gibt es die von Sima erwähnten kooperativen Verfahren. Das heißt: Wettbewerbe sind meistens die beste Grundlage für Planungsentscheidungen, deshalb sollte die Stadt verstärkt auf sie setzen. Das ist die neue Ebene, auf die man die Debatte stellen muss!“

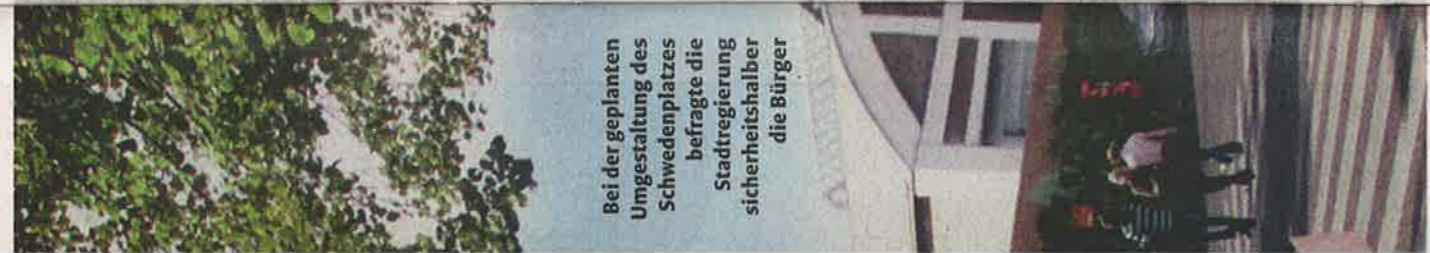
**Architekturwettbewerbe: Wozu brauchma des?**

Ein Überblick über die Wettbewerbe der letzten Jahre bietet Indizien für beide Seiten. Bei der Erweiterung des Hotel Intercontinental am Eislaufverein begann man mit einem kooperativen Verfahren, in das Stadt, Architekten und Anrainer eingebunden waren, versäumte dann aber, im darauffolgenden Wettbewerb präzise Grenzen zu setzen, mit dem Ergebnis, dass danach ein heftiger Streit um Hochhaus, Stadtbild und Weltkulturerbe entbrannte und das Projekt heute, nachdem viel Zeit und Geld von allen Seiten investiert wurde, in einer Warteschleife namens „Nachdenkpause“ verhaart.

Bei der Neugestaltung des Schwedenplatzes wiederum wurde ganz auf Bürgerbeteiligung und Ideensammlung gesetzt, um eine Lösung in bestmöglichem Konsens zu finden. Eine löbliche Sache, die allerdings immer die Gefahr birgt, dass die Lösung zu einer gebauten Wunschliste wird, deren einzelne Aspekte nichts miteinander zu tun haben. Ob der preisgekrönte Entwurf alle zufriedenstellt, wird sich herausstellen.

Eindeutig positiv fiel das Urteil über das kooperative Verfahren am Helmut-Zilk-Park im Sonwendviertel, wo in den nächsten Jahren ein neues Stadtviertel mit Wohnungen, Geschäften und Büros entstehen wird, aus. Hier wurde tatsächlich et-

Fortsetzung nächste Seite



Bei der geplanten Umgestaltung des Schwedenplatzes befragte die Stadtregierung sicherheitshalber die Bürger

obern aus Trotz ab, obwohl MA-48 in der Jury noch

**rbeprospekt**

wie ein Mistkübel man sich streiten von L.A. oder alle Bauten planer der Auto-reicht sogar reiches vor allem erreicht nichts als Wien eine Mülliert somit exakt le „Schmutzkübitecture ist keinenz der Müllabund kommunidoch idealerweiam. Sprich: Einso dauerhaft wie ag aufs Neue er-

anders, und damit schauen, man undstück verlastte der MA 48, rrichtet und Er-



Foto: KOTVA/PIB, REALIZ

Beratung von Seite 37

Neues versucht: Dieses Gebiet wurde maßgeschneiderten Workshops zwischen Architekten, Stadt und ÖBB entwickelt, hier sind alle Beteiligten voll des Lobs und zielgerichteten Prozess.

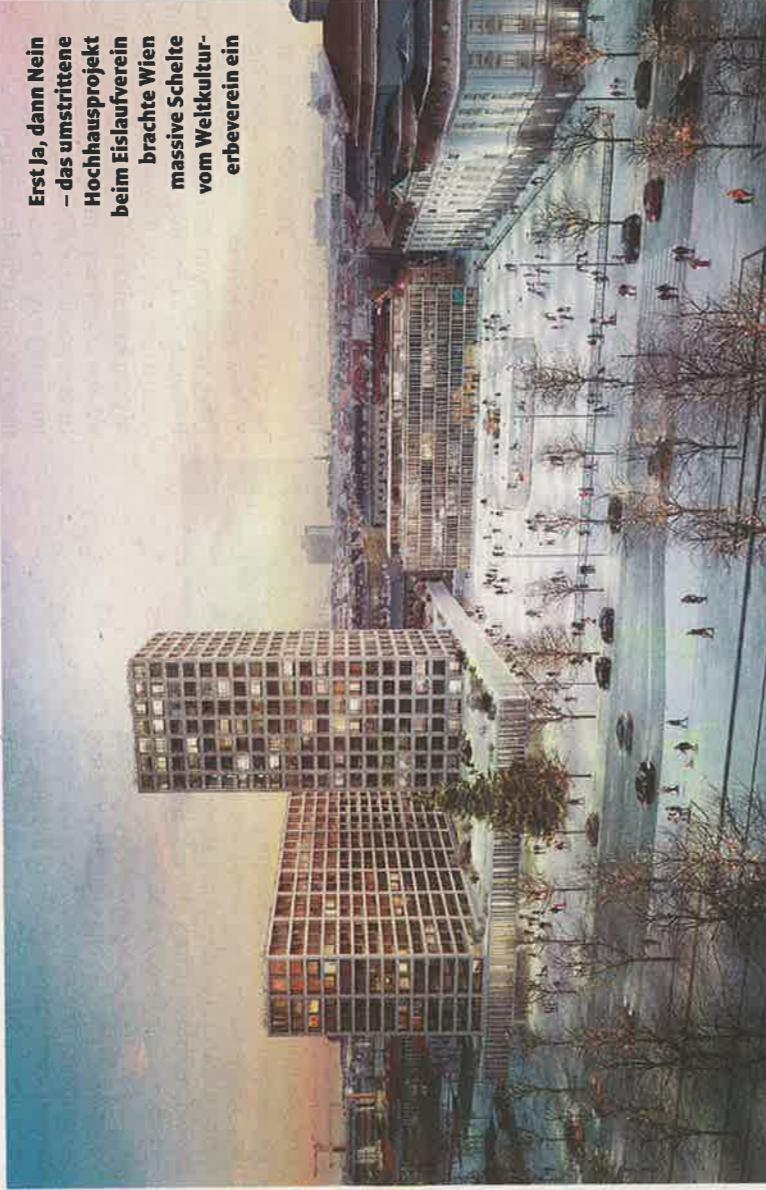
gebe aufseiten der Stadt durchaus Wert, denen die Bedeutung von Bau bewusst ist und die sich entsprechend bemühen, sagen Bernhard Sommer und Christoph Mayrhofer. So wurde beim Schulbauprogramm der Stadt gemeinsam mit der Architektenkammer ein „Problemlösungsverfahren“ entwickelt. „Problemlösungsverfahren“ ist es, wenn private Bauträger mit architektonisch relevanten Projekten aufbauen und dafür die bestehende Flächenanwendung geändert werden muss. Mit dem Argument, dass es sich um Private handelt, die nicht dem Vergaberecht unterliegen, werden dann von der Stadt verkürzte Verfahren akzeptiert, die keinesfalls ausreichen um eine echte Qualitätssicherung sicherzustellen. Wir erleben in vielen Gebieten Wiens eine tiefgreifende Umgestaltung Qualitätssicherung, geschweige denn einen übergeordneten Plan, nach welchem stattfinden sollte.“

Christoph Reinhard Seifl sieht Verbesserungsbedarf: „Für meine Begriffe wird viel wenig diskutiert, wer in den Juries sitzt und welche Freiheiten die Juroren bei Interpretation haben, ob ein Entwurf Wettbewerbsausschreibung erfüllt oder nicht. Dementsprechend sehen auch die Bedingungen mancher Juries für ihre Entscheidungen aus: Die haben oft mehr mit PR, Lyrik oder auch PR zu tun als mit architektonischen Argumenten. Bei städtebaulichen Wettbewerben wiederum würde ich mir selbstbewussteres Auftreten der Planungsbehörde wünschen. Dazu bräuchte es konkretere Zielformulierungen des Auftraggebers für die räumliche und funktionale Entwicklung der gesamten Stadt.“

Christoph Reinhard Seifl sieht Verbesserungsbedarf: „Für meine Begriffe wird viel wenig diskutiert, wer in den Juries sitzt und welche Freiheiten die Juroren bei Interpretation haben, ob ein Entwurf Wettbewerbsausschreibung erfüllt oder nicht. Dementsprechend sehen auch die Bedingungen mancher Juries für ihre Entscheidungen aus: Die haben oft mehr mit PR, Lyrik oder auch PR zu tun als mit architektonischen Argumenten. Bei städtebaulichen Wettbewerben wiederum würde ich mir selbstbewussteres Auftreten der Planungsbehörde wünschen. Dazu bräuchte es konkretere Zielformulierungen des Auftraggebers für die räumliche und funktionale Entwicklung der gesamten Stadt.“

Als der Wiener Fachbeirat das Projekt einige Wochen später ablehnte, trat sie auf die Bremse und verordnete eine Nachdenkpause. Dass das Projekt „schlussendlich so

in Rettung aufgerufen wird auch in der Leopoldstadt. Hier ist keine Kirche (Artikel 18) gefährdet, sondern ein Wohnhaus – das nicht irgendeines. Bei der Immobilie in der Taborstraße 18 handelt es sich um ein ehemaliges Hotel National, 1848 errichtet und entworfen von Ludwig Förster und Philipp Hansen, dem späteren Architekten des Parlaments, des Musikvereins und der Akademie der bildenden Künste. Zwar hat der Bau seinen aufgesetzten Eckturner verloren in seiner klaren Fassadengliederung be-



Erst ja, dann Nein – das umstrittene Hochhausprojekt beim Eislaufverein brachte Wien massive Scheitler vom Weikultur-erbeererein ein



Ich will nicht in die Investorenschule!

FOTOS: CHRISTIAN WIND, ARCHITEKTURBÜRO FRANZ

verwirklicht“ wird, ist heute praktisch ausgeschlossen. Auch dies könnte man als Reputationsverlust für die Stadt sehen. Man kann auch in beiden Fällen das Fehlen einer eindeutigen Vorgabe seitens der Stadt konstatieren. Ein Wettbewerb als Feigenblatt oder Sündenbock ist der Baukultur auch nicht gerade förderlich.

#### Architekten vs. Stadt?

Bleibt die Frage, ob sich Stadt und Architekten beim Streit um die Baukultur immer weiter voneinander entfernen. Hier gäbe es

**Links der Theophil-Hansen-Bau in der Leopoldstadt, der möglicherweise einem Spitalsneubau weichen wird müssen. Rechts: Mit diesem Plakat protestierte die IG Architektur gegen ein PPP-Verfahren der Stadt Wien**

in den letzten Jahren vor allem beim Thema Public Private Partnerships (PPP), spricht der Errichtung öffentlicher Bauten durch private Firmen, mit deutlich weniger Einfluss für die Architekten. „Beim Thema PPP gab es sicher eine gewisse Entzweiung“, sagt Robert Temel, „und da haben die Architekten ja auch gute Argumente für sich. Allerdings ist die Position der Beamten hier eher: Wir wissen, dass das teuer ist und wir an Kontrolle verlieren, aber wir müssen das so machen. Abgesehen davon finde ich das Verhältnis zwischen Stadt und

Architekten im Großen und Ganzen nicht so schlecht.“

Täuscht also der Eindruck, es würde heute öfter und heftiger gestritten? Schwer zu sagen, so die Architekten. „Einerseits hat das Gefühl, früher sei alles besser gewesen, in Wien eine gute Tradition, andererseits gibt es dafür auch reale Gründe. Eine Ursache ist sicherlich die zunehmende Verrechtlichung aller Lebensbereiche, ein weiterer Grund ist die wachsende Risikoaversion der Gesellschaft, die im kulturellen Bereich zur freiwilligen Selbstkastration führen kann. Das bedeutet: Wettbewerbe werden von Juristen dominiert, die Teilnahme ebenso eingeschränkt wie die planerische Freiheit.“

Eindeutig ärgerlich seien aber Außenrennen wie die von Ulli Sima, dass Architekturwettbewerbe nur viel Geld und Zeit kosten. „Solch ein bei einigen Vertretern der Stadt anzutreffendes Unverständnis der Bedeutung von Planung trägt weiter zu einem belasteten Klima bei“, meinen Sommer und Mayrhofer.

#### Wien im Vergleich

Was die Frage aufwirft: Ist der Wiener Magistrat ein besonders störrisches Exemplar, was Baukultur und Transparenz angeht? Sieht es woanders besser aus? Eindeutig ja, meint Architektin Hemma Fasch. „In Innsbruck setzt die Stadt auf Zusammenarbeit mit Architekten. Bürgermeisterin und Stadtrat stellen sich bei bedeutenden Wettbewerben den Fragen der Teilnehmerinnen, Diskussionen in Juries werden sachlich und respektvoll geführt. Man spürt, dass sich Politik und Verwaltung als Vertreter öffentlicher und nicht privater Interessen verstehen. Mit dem sichtbaren Ergebnis, dass sich die Stadt auf hohem Niveau entwickelt.“

Auch Robert Temel, Sprecher der Plattform Baukulturpolitik, blickt respektvoll nach Westen: „Verglichen mit Vorarlberg, Tirol und der Schweiz ist in Ostösterreich das Bewusstsein für die Bedeutung von Baukultur und für baukulturelle Qualitäten eher gering ausgeprägt. In Wien wird die Bedeutung von Baukultur vonseiten der Politik vor allem sozial gesehen. Das ist auch wichtig. Es trägt aber dazu bei, dass man sich sehr auf den Wohnbau fixiert und andere baukulturelle Themen kaum als bedeutsam angesehen werden.“

Über die Wiener Wettbewerbs- und Baukultur kann, wird und muss man also weiter diskutieren. Als mahrender Zeigefinger kann da vielleicht ein Kernbegriff aus den Baukulturrichtlinien dienen, nämlich das Wort Transparenz. Mit welchen Verfahren auch immer die Volksvertreter das Gesicht der Stadt bestimmen, die Abläufe sollten kein Geheimnis sein. Das gilt für Architekten übrigens genauso wie für Werbebudgets und Hundertfotos.

## Hospital oder Rettung? An der Taborstraße droht dem Bau eines Ringstraßenarchitekten der Abriss

mäuers, geben die Spitalsvertreter zu. Doch so einfach ist es nicht, denn der Hansen-Bau steht unter Ensembleschutz. Das heißt, eine Abrissbewilligung ist nicht so leicht zu bekommen, es ist aber auch nicht unmöglich. Man sei im Gespräch mit dem Bundesdenkmalamt, heißt es. Über die Lösung kann man bisher zwar nur spekulieren, dass in solchen Fällen gerne auf die Methode „Fassade stehenlassen, alles dahinter austauschen“ zurückgegriffen wird, hat die Generation bereits mehrmals gezeigt. Die be-

sorgten Bewohner wollen jedenfalls nicht warten und haben eine Bürgerinitiative gegründet, denn es droht der Räumungsbescheid. Sie fordern, das Haus unter Denkmalschutz zu stellen und bekommen dabei Unterstützung von der Initiative Denkmalschutz. Klar ist: Jede Stadt braucht Wohnraum und Spitäler. In Zeiten optimierender Spitalszusammenlegungen ist ein Krankenhaus in einem dicht bebauten Stadtkern jedoch bei allem Respekt auch ein gewisser Anachronismus.